



## Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0022/2018

Vorlage: <b>ST/0038/2018</b>		Datum: 09.03.2018	
<b>Oberbürgermeister</b>			
Verfasser:	01.01-Büro des Oberbürgermeisters	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Antrag der AfD-Ratsfraktion: Wehret den Anfängen! Islamistischen Extremismus und Salafismus auch kommunal bekämpfen, Hasspredigern die rote Karte zeigen!</b>			
Gremienweg:			
15.03.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
	TOP	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE
			<input type="checkbox"/> abgesetzt
			<input type="checkbox"/> geändert

### Stellungnahme:

Der Antrag der AfD-Fraktion nimmt Bezug auf den Beitrag des SWR vom 15.02.2018, in dem dieser berichtete, dass die Abu Bakr Moschee in Koblenz aufgrund angeblicher Bezüge zum Salafismus und zur islamistischen Muslimbruderschaft vom Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz beobachtet wird. Der Stadtverwaltung liegen darüber keine Informationen des Ministeriums des Innern und für Sport sowie des Verfassungsschutzes vor. Aufgrund der Berichterstattung hat sich die Stadt aber an das Ministerium des Innern und für Sport gewandt und um eine Stellungnahme zu vorliegenden Erkenntnissen gebeten. Anhand dieser Stellungnahme wird die Stadt in Abstimmung mit dem Ministerium und der Polizei prüfen, ob geeignete, erforderliche und verhältnismäßige Schritte notwendig sind.

Unabhängig davon fördert die Stadt bereits heute mit einem großen Maßnahmenbündel die Integration – auch um Not und Perspektivlosigkeit entgegen zu wirken. Sprachunterricht, Angebote der Flüchtlingshilfe und Betreuungsangebote in schwierigen Lebenssituationen gehören beispielsweise genauso dazu wie Angebote zur Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration.

### Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat nimmt die mit dem Beirat für Migration und Integration abgestimmte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt folgende Erklärung:

„Koblenz steht für ein tolerantes und friedliches Miteinander. Das ist die Grundlage für die hervorragende Lebensqualität in unserer Stadt und der Grund, weshalb immer mehr Menschen hier leben wollen. Damit heute und in Zukunft Werte wie Demokratie, Toleranz, individuelle Freiheit, Integration und Gleichberechtigung in der Stadt aktiv gelebt werden, machen der Stadtrat und die Verwaltung ganz deutlich, dass das Schüren von Hass, Ängsten und Ressentiments in Koblenz keinen Platz hat. Das gilt für alle in Koblenz lebenden Menschen, Vereine, Initiativen, Religionsgruppen und politischen Parteien. Die Stadt verurteilt Hasspredigen genauso wie die Ausgrenzung von Minderheiten und die Stigmatisierung gesellschaftlicher Gruppen.

Die Verwaltung, der Stadtrat und der Beirat für Migration und Integration werden deshalb auch in Zukunft in Abstimmung mit allen zuständigen Behörden von Land und Bund Maßnahmen unterstützen und ergreifen, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Koblenz zu garantieren und das friedliche Zusammenleben sowie die Integration in unserer Stadt zu fördern.“